



Nr. 41 vom 14.11.2006 - KI/Gei

1. Mauterhöhung zum 1. Januar 2007 ist faktisch ausgeschlossen

Es bestätigt sich die Annahme, dass die für den 1. Januar 2007 geplante Erhöhung der Lkw-Maut und eine zeitgleiche Absenkung der Kfz-Steuer in Verbindung mit einem Innovationsprogramm nicht in Kraft treten können. Die EU-Kommission hat diesbezüglich mittlerweile eine offizielle Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und bittet um weitergehende Informationen. Dies hat automatisch zur Folge, dass die zweimonatige Entscheidungsfrist der EU-Kommission von neuem zu laufen beginnt. Wie Präsident Grewer bereits zur BGL-Mitgliederversammlung deutlich gegenüber Staatssekretär Hennerkes zum Ausdruck gebracht hatte, wäre die Erhöhung der Lkw-Maut ohne entsprechende Gegenfinanzierungsschritte eine Täuschung, ja Betrug am Transportgewerbe. Nach unseren Erkenntnissen hat Verkehrsminister Tiefensee den Verkehrspolitikern der Koalitionsfraktion mittlerweile zugesichert, dass es ohne Umfinanzierung keine Mauterhöhungen geben wird. Die Bemühungen, Mauterhöhungen ohne Gegenfinanzierung zu verhindern, waren damit erfolgreich. Selbst wenn die EU-Kommission im Prüfverfahren noch die Kfz-Steuersenkung und/oder das Innovationsprogramm genehmigen sollte, ist gleichwohl eine fristgerechte Erhöhung der Lkw-Maut zum 1. Januar 2007 aus technischen Gründen nicht mehr möglich. In jedem Falle wird es eine Mogelpackung, Mauterhöhung ohne Harmonisierung, zum 1. Januar 2007 nicht mehr geben können.

2. Sonntagsfahrverbot - grundlegende Reform angeregt

Wie in den vergangenen Jahren hat uns auch in diesem Jahr eine Fülle von Anfragen zum Fahrverbot an den beiden regionalen Feiertagen Reformationstag und Allerheiligen erreicht. Auch haben sich Unternehmer darüber beklagt, dass das Fahrverbot am Reformationstag und am Allerheiligenfest reihenweise missachtet wurde. Vor allem gebietsfremde Fahrer, die nichts vom Fahrverbot wussten oder möglicherweise sogar absichtlich ihre Fahrt fortsetzten, blieben anscheinend unbeanstandet. Vielfach entstand der Eindruck, die Polizei „dulde“ vor allem am Reformationstag transitierenden Ost-West-Verkehr. Der BGL hat dies zum Anlass genommen, sich erneut an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu wenden und die Aufhebung der Fahrverbote an den nicht bundeseinheitlichen Feiertagen sowie die Verschiebung der Fahrverbotszeiten von 0.00 auf 6.00 Uhr anzuregen. Wie zwischenzeitlich aus dem Bundesverkehrsministerium zu hören war, soll das Thema in der nächsten Verkehrsministerkonferenz am 22. November 2006 behandelt werden.

3. Registrierung mautbefreiter Fahrzeuge bei Toll Collect verlängern

Halter mautbefreiter Fahrzeuge, können diese zur Vermeidung unnötiger Kontrollen und unberechtigter Nacherhebungsbescheide bei Toll Collect als mautbefreit registrieren lassen. Der Registrierungszeitraum ist auf zwei Jahre befristet und läuft zum Jahresende erstmals automatisch aus. Um dies zu vermeiden, ist im Internet unter www.toll-collect.de rechtzeitig eine Verlängerung dieser Registrierung zu beantragen.

4. Ausbildungsbilanz zum Ende des Berufsberatungsjahres 2005/2006

Nach der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit wurden im Berufsberatungsjahr 2005/2006 772 Ausbildungsstellen zum Berufskraftfahrer gemeldet. 1.144 Bewerber interessierten sich für einen Ausbildungsplatz zum Berufskraftfahrer. Angesichts dieser Zahlen und der Situation auf dem Fahrermarkt bitten wir alle Transportunternehmen zu prüfen, ob Sie noch Jugendliche zum Berufskraftfahrer ausbilden und freie Stellen der Bundesagentur für Arbeit melden können. Qualifizierte Mitarbeiter bilden die Basis des wirtschaftlichen Erfolges eines Unternehmens und tragen mit zur Sicherung der Marktposition bei. Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft.

5. Frankreich: Mehrwertsteuerrückerstattung auf Mautgebühren der Jahre 1996 bis 2000

Eine BGL-Info über die Verfahren zur Rechnungsberichtigung und Erstattung der Mehrwertsteuer auf die Autobahnbenutzungsgebühren in Frankreich der Jahre 1996 bis 2000 erhalten Sie [hier](#).

6. Intervention bei der Europäischen Kommission gegen geplante bürokratische Hürden im Englandverkehr

Wie wir erfahren haben, plant die britische Regierung, dass Transportunternehmen und Verladern ab 2007 bei allen Ein- und Ausfahrten britischen Polizeidienststellen transportbegleitende Informationen vorab vollständig elektronisch zur Verfügung stellen müssen. Begründet wird dies als Maßnahme gegen Terrorismus und Drogenkriminalität. Der BGL hat sich diesbezüglich an die Europäische Kommission gewandt. Die unabgestimmte Einführung eines solchen bürokratischen nationalen Systems steht nach Auffassung des BGL in Widerspruch zu den Zielen des europäischen Binnenmarktes und ist mit EU-Gemeinschaftsrecht nicht vereinbar. Der BGL befürchtet eine Diskriminierung gebietsfremder Transportunternehmen; letztlich geht diese Maßnahme auf eine Initiative der britischen Gewerbeverbände zurück.